



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

# Soziale Sicherungssysteme in Entwicklungsländern stärken

Armut bekämpfen –  
Globalisierung gerecht gestalten



# „Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit“

heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Drei Vierteln der Menschheit bleibt dieses Recht bisher verwehrt. Milliarden von Menschen sind Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Altersarmut schutzlos ausgeliefert. Soziale Sicherung ist nicht nur ein Menschenrecht. Soziale Sicherungssysteme schaffen Grundvoraussetzungen für breitenwirksames Wachstum, nachhaltige Armutsbekämpfung und sind ein Schlüssel für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Sie ermöglichen es gerade den Armen überhaupt am Wirtschaftsleben ihres Landes teilhaben zu können. Studien zeigen, dass Länder, die in soziale Sicherungssysteme investieren, wirtschaftlich erfolgreicher sind. Soziale Sicherung ist kein Almosen, sondern eine Investition in die Menschen und Hilfe zur Selbsthilfe. Soziale Sicherungssysteme fördern den sozialen Ausgleich, der angesichts steigender Ungleichheiten in vielen Ländern immer wichtiger wird, um Stabilität und Frieden zu erhalten.

Studien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) haben nachgewiesen, dass soziale Sicherungssysteme auch für Niedrigeinkommensländer finanzierbar sind. Der Aufbau eines nachhaltigen Systems sozialer Sicherung ist jedoch nicht nur eine Frage des Geldes. Es geht vor allem darum, Systeme zu entwickeln, die an die spe-

ziellen Bedürfnisse des jeweiligen Landes angepasst sind. Universell anwendbare „Blaupausen“ gibt es hier nicht. Besondere Herausforderungen in Entwicklungsländern stellen zum Beispiel die hohe Verbreitung von HIV/AIDS oder der große Anteil nicht-formal Beschäftigter dar. Die internationale Gemeinschaft hat die Bedeutung von sozialer Sicherung für nachhaltige Armutsbekämpfung und Entwicklung erkannt – internationale Organisationen wie Vereinte Nationen und Weltbank haben ebenso wie G-8, EU und andere Länder ihre Bereitschaft erklärt, die Entwicklungsländer verstärkt beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme zu unterstützen. Deutschland hat hier eine lange Tradition und anerkannte Kompetenz. Die deutsche Entwicklungspolitik teilt diese Erfahrungen mit den Partnerländern und unterstützt sie bei der Umsetzung bedarfsgerechter Lösungen.



# Soziale Sicherung in der deutschen Entwicklungspolitik

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer haben bereits mit dem Aufbau sozialer Sicherungssysteme begonnen. Andere suchen aktuell nach Beratung, um nachhaltige Systeme, zugeschnitten auf ihre Bedürfnisse, zu entwickeln. Die deutsche Entwicklungspolitik unterstützt diese Prozesse derzeit in rund 30 Ländern der Welt. Neben Beratungsmaßnahmen zu sozialen und gemeindebasierten Krankenversicherungen gehört hierzu auch der Ausbau von Mikroversicherungen und von Programmen zur sozialen Grundsicherung. Grundsicherungsprogrammen kommt nicht zuletzt vor dem Hintergrund der weltweiten Ernährungskrise eine wachsende Bedeutung zu. Sie helfen vor allem besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen oder älteren Menschen. Die soziale Absicherung älterer Menschen ist auch eine Aufgabe für Entwicklungs- und Schwellenländer. Viele Gesellschaften dort stehen ebenfalls vor den Herausforderungen eines raschen demographischen Wandels – die Alterspyramide in Ländern wie China und Indien wird sich in wenigen Jahrzehnten dem Durchschnitt der Industrieländer angeglichen haben. Hinzu kommt, dass sich traditionelle familiäre Sicherungssysteme zunehmend auflösen. Aufgrund der HIV/AIDS Epidemie ist die Generation der Großeltern gerade in Afrika besonders gefordert, da sie in vielen Fällen die Enkel großziehen muss.



## **Gutscheine für Gesundheitsleistungen – damit Krankheit nicht länger arm macht**

Uganda ist besonders von den fatalen Folgen von HIV/AIDS betroffen. In den letzten Jahren wurden zwar bemerkenswerte Erfolge im Kampf gegen die Immunschwächekrankheit erzielt, aber noch immer haben viele Menschen keinen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Behandlungskosten mussten bisher, wie in vielen Entwicklungsländern, „aus der Tasche“ bezahlt werden. Viele Menschen können sich diese Kosten – oft verbunden mit langen Anfahrtswegen, Verdienstaussfällen oder gar dem Verkauf ihres Viehs – nicht leisten. Über 100 Millionen Menschen weltweit fallen hierdurch jedes Jahr in die Armut. In Uganda unterstützt die deutsche Entwicklungspolitik deshalb gemeinsam mit der Weltbank ein Programm, bei dem Gutscheine zu stark subventionierten Preisen an arme Menschen verkauft werden, die diese wie Krankenscheine einlösen können. Dank dieses Projektes haben bereits 40.000 Menschen Zugang zu Diagnose und Behandlung erhalten, der ihnen zuvor verwehrt war. Ein Rückgang der sexuell übertragbaren Krankheiten ist bereits erkennbar. Das System ist effizient, wettbewerbsfähig, an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert und erreicht gezielt die Ärmsten der Armen. Vergleichbare Gutscheinsysteme werden auch in Kenia unterstützt. Dort erhalten Frauen dank der Gutscheine unter anderem einen verbesserten Zugang zu medizinischer Betreuung von Geburten, medizinischen Diensten zur Familienplanung und einer kostenlosen Betreuung nach sexueller Gewalt.

## Kenia – Sichere Geburten auf Gutschein

Die 18-jährige Faith Kanini ist eine der ersten Frauen aus den Slums von Nairobi, die ihr Kind auf „Gesundheitsgutschein“ bekommen hat. „Ich kann meine Freude gar nicht in Worte fassen“, sagt die junge Mutter. Normalerweise hätte Faith Kanini ihren 2.700 Gramm schweren Sohn in einer schmutzigen Wellblechhütte zur Welt gebracht. Die Gefahr für ihr Leben und das ihres Kindes wäre hierbei groß gewesen. Denn die Mütter- und Säuglingssterblichkeit in Kenia ist sehr hoch. Die Geburt in einer Gesundheitseinrichtung hätte sich Kanini auf keinen Fall leisten können. Erst seit es die mit Hilfe deutscher Entwicklungsgelder stark subventionierten Gesundheitsgutscheine (Voucher) gibt, können sich auch Arme behandeln lassen.



## Tragfähige soziale Krankenversicherungssysteme aufbauen

In einigen Ländern Asiens gibt es bereits umfassende Ansätze zum Aufbau sozialer Sicherungssysteme. So hat Indonesien 2004 ein Gesetz verabschiedet, das sowohl Krankenversicherung, Unfallversicherung als auch Renten und Absicherung im Todesfall von Angehörigen vorsieht. Die Einführung eines solchen Systems stellt das Land mit seinen 250 Millionen Einwohnern vor große politische und technische Herausforderungen. Der erste Reformschritt zielt darauf ab, 60 Prozent der Bevölkerung bis zum Jahr 2010 durch eine soziale Krankenversicherung zu erreichen. Damit sollen die privaten Direktzahlungen im Krankheitsfall reduziert werden, die häufig zur Verarmung der betroffenen Familien führen.



Eine soziale Krankenversicherung ermöglicht einen solidarisch finanzierten und gerechten Zugang zu Gesundheitsdiensten für die gesamte Bevölkerung. Jeder zahlt dabei nach seinen Möglichkeiten; es kommt zu einer Umverteilung von Gesunden zu Kranken, von Jüngeren zu Älteren, von Beschäftigten zu Erwerbslosen und von

Bessergestellten zu sozial Schwächeren. Eine staatliche Subventionierung für die ärmsten Bevölkerungsschichten ergänzt die einkommensabhängigen Beiträge der sozialen Krankenversicherung.

Die deutsche Entwicklungspolitik berät die indonesische Regierung auf verschiedenen Ebenen bei diesem anspruchsvollen Vorhaben. Ziel ist es, ein effizientes und nachhaltiges System sozialer Sicherung aufzubauen. Deutsche Expertinnen und Experten beraten daher die zuständige Planungsbehörde, bilden Fachkräfte aus und verbessern das Informationsmanagement.

### **Ausbau der sozialen Krankenversicherung für den informellen Sektor**

Die Dorfgemeinde Cao Bang im ländlichen Vietnam ist sehr arm. Die meisten Dorfbewohner besitzen nur wenig Land, auf dem sie ihre Nahrungsmittel anbauen. Ein wenig Geld verdienen sie mit dem Verkauf auf dem Markt. Medizinische Leistungen konnten sie bisher davon nicht bezahlen. Seit 2003 berät die deutsche Entwicklungspolitik die vietnamesische Regierung beim Ausbau der sozialen Krankenversicherung. In der Zwischenzeit sind auch Personen krankenversichert, die nicht dem formalen Sektor angehören wie zum Beispiel Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit Behinderung und Arme. Für Cao Bang bedeutet dies: Die Bewohner erhalten Zugang zu medizinischen Untersuchungen und zu Medikamenten. Ein großer Fortschritt für die Dorfgemeinde.

## Soziale Grundsicherung: den Ärmsten neue Zukunftsperspektiven eröffnen

Sozialtransferprogramme haben sich in vielen lateinamerikanischen Ländern bei der Armutsbekämpfung bewährt. Bei diesen Programmen wird bedürftigen Haushalten – zumeist den Frauen – ein Geldbetrag ausbezahlt, der ihr Überleben sichert. Da die Auszahlung des Geldes auch mit Pflichten verbunden ist, zum Beispiel den Schulbesuch der Kinder oder regelmäßige Arztbesuche, sind solche „konditionierten Sozialtransfers“ auch wirksame „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Das mittelamerikanische Land El Salvador, in dem rund 40 Prozent der Bevölkerung in Armut leben, hat 2005 ein solches Grundsicherungsprogramm (*Red Solidaria*) eingeführt. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt dieses Programm durch Beratung, den Aufbau eines Monitoring- und Evaluierungssystems sowie durch finanzielle Förderung sozialer Infrastruktur. *Red Solidaria* erreicht aktuell rund 50.000 Haushalte und hat bereits enorme Wirkungen erzielt. So ist der Schulbesuch der Kinder – vor allem in den Vorschulen – signifikant gestiegen. Mehr Kinder und schwangere Frauen nehmen an Vorsorgeuntersuchungen teil. Die Zahlen belegen, dass Sozialtransferprogramme gerade den ärmsten Bevölkerungsgruppen helfen, Zugang zu lebensnotwendigen Dienstleistungen zu erhalten und somit ein Beitrag zu struktureller Armutsbekämpfung sind.

**Sozialtransfers schaffen Zugang zu Bildung und helfen damit Armut langfristig zu überwinden:**

„Mit Hilfe von *Red Solidaria* können alle meine Kinder ihre Ausbildung fortsetzen. Früher war ich gezwungen, sie nach der sechsten Klasse aus der Schule zu nehmen, da es mir mit meinem kleinen Einkommen nicht möglich war, sie weiter zu unterstützen. Aufgrund der regelmäßigen Hilfe durch das *Red* können jetzt sogar alle die Sekundarschule besuchen“, sagt Rosa-Maria aus Nueva Trinidad über ihre Unterstützung durch *Red Solidaria*.



## Herausgeber

**Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

### Dienstsitz Bonn

Postfach 12 03 22

53045 Bonn

Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0

Fax +49 (0) 228 99 535 - 3500

### Dienstsitz Berlin

Stresemannstraße 94

10963 Berlin

Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0

Fax +49 (0) 30 18 535 - 2501

[poststelle@bmz.bund.de](mailto:poststelle@bmz.bund.de)

[www.bmz.de](http://www.bmz.de)

<b>Redaktion</b>	Judith Schwethelm, Cordula Müller
<b>Endredaktion</b>	Gabriele Hollederer
<b>Verantwortlich</b>	Dr. Ralf-Matthias Mohs, Klaus Krämer
<b>Gestaltung</b>	F R E U D E ! design, Köln
<b>Fotos</b>	GTZ, KfW Entwicklungsbank
<b>Druck</b>	Schloemer Gruppe, Düren Gedruckt auf 100% Altpapier, mit Umweltzeichen „Blauer Engel“
<b>Stand</b>	Juni 2008

